

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.1 - 65. Jahrgang

17. Januar 2015



Mahnwache am Sonntag auf dem Pariser Platz: „Ich will malen, schreiben, sagen, was ich will und nicht dafür erschossen werden!“

Foto: Horb

Berliner Solidarität mit „Charlie Hebdo“

Mit Mahnwachen und Kundgebungen ist am Sonntag und Dienstag in Berlin der Opfer der Terroranschläge in Paris gedacht worden. Zugleich wandten sich am Montag Tausende auf einer Demonstration gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung.

18.000 Berlinerinnen und Berliner nahmen am Sonntag an einer Mahnwache vor der französischen Botschaft teil. Zehntausend, darunter Vertreterinnen und Vertreter der großen Religionsgemeinschaften, folgten am Dienstag dem Aufruf des Zentralrats der Muslime. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller verurteilte das Attentat auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ scharf. „Gewalt und Terrorakte dürfen niemals Mittel der Auseinandersetzung sein. Unsere Solidarität gilt zuallererst den Opfern und ihren Familien.“ Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß stellte fest: „Der Terrorangriff auf die Redaktion von Charlie Hebdo soll die freie, offene Gesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit treffen. Umso wichtiger, unsere Grundwerte und Freiheiten erst recht selbstbewusst zu verteidigen, in Paris und Berlin, in Frankreich und in Deutschland. Je suis Charlie!“ **siehe auch Seite 2** □

Senatsklausur:

„Ein starkes Berlin gestalten“

Mehr Investitionen, mehr Mieterschutz

Einen umfangreichen Maßnahmenkatalog konnte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller nach der zwölfstündigen Senatsklausur in der vergangenen Woche vorlegen. Es wird mehr Investitionen geben, einen besseren Mieterschutz, mehr Personal in den Bürgerämtern. „Der Senat startet stark ins neue Jahr und setzt die richtigen Schwerpunkte“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß.

Mit einem Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen würden Mieter zukünftig besser vor Mietsteigerungen geschützt, sagte Stöß. „Dafür hat die SPD lange gekämpft, jetzt hat es der Senat auf den Weg gebracht. Es ist gut, dass sich hier die CDU bewegt hat.“

Mit dem Sondervermögen „Infrastruktur der wachsenden Stadt“ stehen zusätzlich 413 Millionen Euro für gezielte Investitionen zur Verfügung. Hinzu kommen 66 Millionen freiwerdende Haushaltsmittel durch die vollständige Übernahme des BAföG durch den Bund. Stöß: „Es ist richtig, diese Mittel vor allem zur Sanierung der



Der Regierende Bürgermeister Michael Müller auf der Kundgebung des Zentralrats der Muslime am Dienstag. Foto: SPD/Plambeck

Hochschulen und der Schultoiletten einzusetzen.“

Der Zusammenhalt in der Stadt bleibe ein wichtiges Thema des Senats, erklärte Michael Müller. Auf der Kundgebung des Zentralrats der Muslime am Dienstag rief er zu einer „Allianz der Mitmenschlichkeit“ auf. Der friedliebende Islam habe ein Zuhause in Berlin und in Deutschland, sagte Müller. **siehe auch Seite 3-5**

Solidarität und Verantwortung

AWO: Heinrich-Albertz-Friedenspreis für Franz Müntefering

Am 22. Januar 2015 erhält Franz Müntefering, Bundesminister a. D., im Wappensaal des Berliner Roten Rathauses den Heinrich-Albertz-Friedenspreis der AWO.

„Das AWO Präsidium ehrt seit 1999 mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis Persönlichkeiten, die Solidarität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Lebens stellen“, erklärte der Präsident der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Wilhelm Schmidt. „Es freut mich ausgesprochen, dass wir mit Franz Müntefering eine der führenden politischen Persönlichkeiten der neueren bundesdeutschen Geschichte auszeichnen.“

Die diesjährige Preisverleihung ist ver-

bunden mit einer Erinnerung an den früheren Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz, der am 22. Januar 2015

IN DIESER AUSGABE:

SPENDEN, DIE ANKOMMEN	S. 5
AUFWÄRTSTREND BEI NEUEN JOBS	S. 6
BUCH-TIPP: BERLIN-JAHRBUCH	S. 12
GEDENKVERANSTALTUNG: ÜBERLEBEN	S. 16

seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte.

Wilhelm Schmidt wird als Präsident der AWO ab 11:00 Uhr die Gäste begrüßen. Die Laudatio auf den Preisträger hält der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller, der zudem langjähriges Mitglied der AWO ist. **BS** □

Meinungsfreiheit:

Charlies Botschaft

Solidarität gegen den doppelten Angriff auf die Freiheit

Mit einer Auflage von inzwischen fünf Millionen Exemplaren ist am Mittwoch die neue Ausgabe der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris erschienen. Auf dem Titel der Schriftzug „Alles ist vergeben“ und eine Karikatur eines traurigen Propheten Mohammed, der ein Schild trägt: „Ich bin Charlie“.

Tausende haben mit solch einem Schild in den vergangenen Tagen ihre Solidarität mit den Machern der Zeitschrift und mit den Angehörigen der ermordeten Journalisten ausgedrückt. Und sie haben sich zugleich gegen einen Anschlag auf die Meinungs- und Pressefreiheit, die geistige Freiheit, die offene Gesellschaft zur Wehr gesetzt. Denn Satire verletzt mitunter, aber sie tötet niemanden.

„Der Satiriker“, so beschrieb ihn der am 9. Januar vor 125 Jahren geborene Kurt Tucholsky, „ist ein gekränkter Idealist: Er will die Welt gut haben, sie ist schlecht, und nun rennt er gegen das Schlechte an.“ Und Tucholsky war es auch, der attestierte: Satire darf alles.

Satire muss provozieren, bloßstellen, attackieren. Sie muss ein Ziel treffen, aber nicht jeden Geschmack. Das hatte auch der sozialdemokratische „Wahre Jakob“ nicht im Sinn, der im 19. Jahrhundert in Deutschland Kaiser und Klerus als die damals Mächtigen attackierte. Satire löst Nachdenken aus, Widerspruch und mitunter Gerichtsverfahren. Zu Zeiten des „Wahren Jakob“ gab es eigens „Sitzredakteure“ für die verhängten Haftstrafen. „Charlie Hebdo“ hat dagegen das von einer katholischen Organisation angestrebte Verfahren ebenso gewonnen wie das gegen den Dachverband französischer Muslime nach der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen. Heute herrschen andere Gesetze, hart erkämpft. Und es herrscht Konsens, die Meinungsfreiheit zu schützen.

Die Freiheit, die mit eindrucksvollen Kundgebungen auch in Berlin gegen den Totalitarismus verteidigt wird, ist aber nicht nur durch die Täter mit ihren Sturmgewehren gefährdet. Wenn die Vorsitzende der französischen Rechtsextremisten Marine Le Pen dies zum Anlass nimmt, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu fordern, wenn ein stellvertretender AfD-Vorsitzender den Anschlag als Bestätigung für Pegida-Demos wertet, dann werden die Mechanismen deutlich: Islamisten und



Protestdemonstration gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Pegida in Berlin am Montag - u.a. mit Bundesministerin Manuela Schwesig, Jan Stöß, Raed Saleh, Dilek Kolat. Foto: Horb



Rechtsradikale brauchen und benutzen einander, um Freiheiten einzuschränken. Nicht in der Aufgabe von Werten, sondern nur im Aufrechterhalten von Werten kann die Lösung liegen. Die aus dem furchtbaren Ereignis erstandene neue Solidarität, hat nicht nur „Charlie Hebdo“ das weitere Erscheinen ermöglicht. Die zahlreichen Mahnwachen und Kundgebungen waren auch die trotzi-ge Aussage: Wir sind mehr und wir halten zusammen, über alle Religionen und Herkunftsländer hinweg.

Untergehakt haben die Zehntausend die Kundgebung des Zentralrats der Muslime am Dienstag beendet. Das war zugleich auch die Antwort auf die Ausgrenzungsversuche von Pegida-Anhängern, die ebenso wie die Attentäter von Paris die Gesellschaft zu spalten versuchen.

Mit den Kundgebungen sind längst nicht alle Probleme beseitigt, vor allem nicht die internationalen Konflikte, die auch in Deutschland ihren Niederschlag finden. Aber sie ermöglichen den Dialog miteinander. Es geht um mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit, wie es Norwegens damaliger Ministerpräsident Jens Stoltenberg nach dem Attentat von Utøya ausdrückte. **U.H. □**



Christine Bergmann am Dienstag vor dem Transparent der Berliner SPD. Foto: Horb

POLITIK PERSÖNLICH

Dr. Knut Nevermann, langjähriger Staatssekretär für Wissenschaft, ist im Dezember in den Ruhestand versetzt worden. Nevermann, 1944 in Hamburg geboren, begleitete die Berliner Wissenschaftspolitik seit November 2010 als Staatssekretär. „In den Jahren seiner Amtszeit hat er es vermocht, neue Wissenschaftsprojekte nach Berlin zu holen, bereits etablierte Standorte und die Berliner Universitäten und Fachhochschulen zu stärken und neue Impulse zu setzen“, erklärte der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Sowohl für die Akteure im Wissenschaftsbereich als auch für die Berliner SPD war er ein ebenso verbindlicher wie sympathischer Ansprechpartner. Als intelligenten und stets konstruktiv streitbaren Kopf haben wir ihn kennen und schätzen gelernt.“

Steffen Krach, zuletzt Leiter der Bundesländer-Koordinierungsstelle in der SPD-Bundestagsfraktion, ist im Dezember als Nachfolger von Knut Nevermann zum Staatssekretär für Wissenschaft ernannt worden. Mit ihm habe Berlins Bildungs-senatorin Sandra Scheeres einen bundesweit sehr gut vernetzten Experten der Hochschul- und Wissenschaftspolitik als Nachfolger von Knut Nevermann gewinnen können, so Jan Stöß. Krach habe die Senatsverwaltung bereits bestens als Mitarbeiter Jürgen Zöllners kennen gelernt. Von 2007 bis 2012 war er in der Bildungsverwaltung u.a. als Leiter des Senatorenbüros tätig.

Klaus Wowereit ist neues Mitglied des Präsidiums des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI). Er werde als Botschafter der Berliner Wirtschaft und als Impulsgeber auf VBKI-Schwerpunktfeldern.



Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Senatsklausur:

„Ein starkes Berlin gestalten“

Mehr Investitionen, mehr Mieterschutz - Fortsetzung v. S.1

Ein besserer Schutz von Mietern, Investitionen in Schulen, zusätzliche Stellen in Bürgerämtern - das sind nur einige der Vorhaben, die der Senat auf seiner ersten Klausurtagung unter Vorsitz von Michael Müller beschlossen hat.

Rund zwölf Stunden dauerte die Arbeitssitzung des Senats im Roten Rathaus in der vergangenen Woche. In vielen Punkten konnte ein Durchbruch erzielt werden. So etwa beim Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen, gegen das sich die CDU lange ausgesprochen hatte. Jetzt hat sich der Senat darauf verständigt, dass die Umwandlung in den kommenden fünf Jahren in den von den Bezirken mit Rechtsverordnungen ausgewiesenen sozialen Erhaltungsgebieten, den „Milieuschutzgebieten“, genehmigungspflichtig wird. Damit, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel, gebe es neben dem Zweckentfremdungsverbot oder der Kappungsgrenze ein weiteres Instrument, um Mietsteigerungen zu begrenzen und besonders belastete



Guter Start im Roten Rathaus.

Foto: Horb

Stadtgebiete wie Mitte, Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf zu entlasten. Gut 300.000 Mieterinnen und Mieter wohnen bereits in Milieuschutzgebieten, in denen die bisherige soziale Zusammensetzung erhalten werden soll. Weitere Bezirke planen die Einrichtung entsprechender Gebiete. Im vergangenen Jahr wurden in Berlin 9.000 Mietwohnungen in Eigentumswoh-

nungen verwandelt, damit hat sich diese Zahl seit 2013 nahezu verdoppelt. Die umgewandelten Wohnungen wurden nach dem Verkauf häufig deutlich teurer neu vermietet.

Der Wohnungsbau in der Stadt wird weiter angekurbelt. 15.000 bis 20.000 neue Wohnungen sind pro Jahr geplant. Für die vereinbarte Errichtung von 5000 Studierendenwohnungen soll bald ein Zeitplan vorgelegt werden. Neben Wohnungsbau-gesellschaften und dem Studentenwerk wird die berlinovo beauftragt, 2500 neue studentische Wohnungen zu errichten. Der Senat will zudem die Gespräche mit der Bundesregierung über den Kauf der als Mietwohnungen genutzten Bundesimmobilien in Berlin fortsetzen.

Angesichts Berlins wachsender Wirtschaft will der Senat die Liegenschaftspolitik nutzen, um ausreichend Flächen für Gewerbe und Industrie bereitzustellen. Aber der Senat stellt auch fest: „Die neue Liegenschaftspolitik dient auch und gerade der Schaffung von künstlerischen Produktionsorten durch Akquise und Herrichtung von Landesliegenschaften sowie Freiräumen.“ Erstmals soll jetzt auch die Kulturverwaltung im Portfolioausschuss vertreten sein.

Fortsetzung Seite 4

Martin Matz, Vorstandsmitglied im Diakonischen Werk: „Die Entscheidung des Berliner Senats, das Schulgeld in der Pflegeausbildung abzuschaffen, wird zu allgemeinem Beifall in der Branche führen. Es war zunehmend unverständlich, dass Auszubildende in einem Beruf mit zukünftig dramatischem Fachkräftemangel auch noch Geld bezahlen müssen.“ Matz, der zugleich Vorsitzender des Landespflegeausschusses in Berlin ist, fügt hinzu: „Es gibt nicht viele Forderungen, die einstimmig vom Landespflegeausschuss unterstützt werden. Dort sitzen schließlich sehr unterschiedliche Interessen der Anbieter, der Pflegekassen, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter und die öffentliche Hand an einem Tisch. Aber über die Abschaffung des Schulgeldes gab es große Einigkeit. Nach intensiven Bemühungen ist der Beschluss der Senatsklausur jetzt ein Durchbruch, über den wir uns freuen.“

Karin Sarantis-Aridas, Vorsitzende der AG Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin: „Die auf der Senatsklausur am 8. Januar beschlossenen Maßnahmen werden die Lebensqualität auch der Berlinerinnen und Berliner mit einer Behinderung weiter verbessern. Die Schaffung von barrierefreien/barrierearmen Wohnungen ist bei steigendem Bedarf in unserer Stadt eines

Reaktionen auf die Beschlüsse des Senats

unserer wichtigsten Anliegen. Deshalb begrüßen wir das beschlossene Sondervermögen „Infrastruktur der wachsenden Stadt“, mit dem 413 Mio. Euro im Jahr 2015 vorrangig in die Schulen, Bäder, den Wohnungsbau, Sportstätten und den Krankenhäusern investiert werden sollen. Dies eröffnet auch Chancen für deren barrierefreien Neu-, Aus- und Umbau, auch bei den geplanten studentischen Wohnungen. Besonders gilt dies aber auch für die Realisierung des Olympischen und Paralympischen Dorfes im Kurt-Schumacher-Quartier mit 5.000 Wohnungen. Auch der Ausbau und die Sanierung von Sportstätten durch den „Olympiaplan schulische Sportstätten“ muss im Sinne der Barrierefreiheit umgesetzt werden. Besonders hier gibt es im Hinblick auf die Teilhabemöglichkeiten auch von Menschen mit Behinderungen einen großen Nachholbedarf in Berlin.“

Iris Spranger, Marzahn-Hellersdorfer Abgeordnete und wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Die vorliegenden Pläne des Senats werden

auch zu spürbaren Verbesserungen in Marzahn-Hellersdorf führen, etwa im Bereich der Kitas und Schulen.“

Mietervereinsgeschäftsführer Reiner Wild: „Der Berliner Mieterverein begrüßt, dass der Senat nun doch auf Verlangen der SPD eine Rechtsverordnung zum Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten erlassen will. Der Schutz vor Umwandlungen kommt spät, aber er ist weiterhin dringend erforderlich. Wenn die Bezirke in ihren sozialen Erhaltungsgebieten (Milieuschutz) zukünftig die Umwandlung in Eigentumswohnungen untersagen, wird dies auch einen Schutz vor teuren Modernisierungen bedeuten, denn für viele Investoren beinhaltet das Bewirtschaftungskonzept die Refinanzierung der teuren und mieterverdrängenden Modernisierung durch den Verkauf umgewandelter Wohnungen. „Wir appellieren nun an die Bezirke, verstärkt soziale Erhaltungsgebiete auszuweisen, wo die Voraussetzungen vorliegen. Dies gilt insbesondere für die Bezirke Mitte und Neukölln. Der Berliner Mieterverein begrüßt auch die Beschlüsse, mehr Studentenwohnungen bauen zu lassen und die Wohnungsbauförderung aufzustocken. Doch bei der Wohnungsbauförderung wäre ein deutlicheres Signal an die Haushalter erforderlich gewesen.“ **BS** □

Fortsetzung von Seite 3**MILLIONEN FÜR
INVESTITIONEN**

Berlin hat 2014 einen Haushaltsüberschuss von 826 Millionen Euro erzielt und will davon etwa die Hälfte - 413 Millionen Euro - vorrangig in die Schulen, Bäder, den Wohnungsbau, Sportstätten und den Krankenhäusern investieren.

2015 und 2016 will der Senat mehr private und öffentliche Investitionen für die wachsende Stadt mobilisieren, zugleich aber einen Haushaltsplanentwurf 2016/2017 ohne Neuverschuldung vorlegen.

**BISHERIGE BAFÖG-MITTEL
GEHEN IN DIE BILDUNG**

Nachdem der Bund die Finanzierung des Bafög übernommen hat, stehen dem Landeshaushalt 66 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich für die Hochschul- und Bildungsfinanzierung zur Verfügung: Ein Drittel werden für die Mehrkosten im Hochschul- und Schulbereich ausgegeben und zwei Drittel für bauliche Maßnahmen an den Hochschulen (32 Mio. Euro) und Schulen (12 Mio. Euro v.a. für die Ertüchtigung von Schultoiletten).

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur setzt der Senat vorrangig auf die Fertigstellung des BER bis 2017 und seine Erweiterung, den Bau der U5, den Bau der Tangentialverbindung Ost sowie den Bau des 16. Bauabschnitts der A100 und forciert den Planungsfortschritt beim 17. Bauabschnitt.

Um die Vergabe öffentlicher Aufträge zu entbürokratisieren, hat der Senat sich auf eine Initiative zur Vereinfachung des Vergaberechts verständigt. Es wird eine Clearingstelle zur Gewährleistung innovativer Vergaben eingerichtet, Formulare und Unterschriftenerfordernisse bei öffentlichen Aufträgen reduziert, die elektronische Vergabe ausgebaut und Jahreszeitverträge für Bauunterhaltungsmaßnahmen eingeführt. Der Senat wird über eine differenzierte Erhöhung von Wertgrenzen bei Ausschreibungen und Vergaben kurzfristig eine Einigung herbeiführen.

**ABSTIMMUNG ÜBER
OLYMPIA**

Berlin soll nach den Vorstellungen des Senats Austragungsort einer „Reformolympiade“ werden. Weltoffene, nachhaltige und bescheidene Spiele sollen es werden, Planung und Umsetzung sollen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft entwickelt werden. Der Senat will am 20. Januar ein „Olympia-Volksbefragungsgesetz“ vorlegen, das ein verbindliches Bürgervotum mit politischen Selbstverpflichtungen ermöglicht. Die Abstimmung soll am 13. Sep-



Im Gespräch: Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen und Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. Foto: Horb

tember erfolgen, vorausgesetzt der DOSB schlägt Berlin im März als Bewerberstadt vor. Diese Entscheidung soll auf Basis einer Meinungsfrage erfolgen, die Ende Februar durchgeführt werden soll.

Zudem will der Senat in den kommenden zehn Jahren einen echten Investitionsschwerpunkt auf den Ausbau und die Sanierung von Sportstätten legen und dafür einen „Olympiaplan schulische Sportstätten“ zum Aufbau hervorragender Trainingsstätten erstellen. Die Realisierung des Olympischen und Paralympischen Dorfes im Kurt-Schumacher-Quartier mit 5.000 Wohnungen für Berlin soll vorangetrieben werden, vorsorglich soll eine Olympia-Bewerbungsgesellschaft als Tochter der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH gegründet werden.

**MEHR PERSONAL IM
ÖFFENTLICHEN DIENST**

„Der Senat verfolgt eine Strategie der bedarfsgerechten Personalausstattung und der Konsolidierung. Er ist sich der Tatsache bewusst, dass sich die Stadt rasant weiterentwickelt und die Bevölkerung wächst“, heißt es im Beschluss des Senats. „Vor diesem Hintergrund ist die Personalpolitik zu definieren. Stellenmehrbedarfe, die auf die steigende Bevölkerungszahl Berlins und/oder zusätzliche Aufgaben zurückzuführen sind, werden anerkannt, sofern sie nachvollziehbar und auf die jeweiligen Aufgaben bezogen begründet sind. So wurden bereits 295 neue Stellen in den Bezirken, 1.400 neue Stellen in den Schulen, 380 neue Stellen bei der Polizei und im polizeinahen Vollzugsdienst sowie der Übernahme von Nachwuchskräften (rd. 440) bewilligt. Damit beträgt der anerkannte Personalbedarf schon heute 103.100 Vollzeitäquivalenten (VZÄ).“

Künftig sollen die Bereiche der wachsenden Stadt mit zusätzlichen Stellen ausgestattet werden. Dies sind u.a. 31 neue Stellen in den bezirklichen Bürgerämtern und 59 Stellen für die Transferkostensteuerung in den Sozialämtern (2014/15). Zudem sind die Elterngeilstellen bedarfsorientiert aus-

zustatten, die Kapazität der bezirklichen Ordnungs- und Bauämter zu verbessern sowie neue Stellen für Polizei und Feuerwehr ab 2016 zu schaffen. Die Einstellungszahlen bei den beamteten Nachwuchskräften des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes werden erhöht, ebenso die Ansätze für Ausbildungsmittel (derzeit 110 Mio. Euro pro Jahr). Der Senat gibt eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden des Verwaltungsdienstes und des Justizvollzugs. Einstellungsverfahren sollen durch elektronische Verfahren und Entbürokratisierung beschleunigt werden.

Darüber hinaus will der Senat die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben, um trotz knapper personeller Ressourcen effektive Verwaltungsabläufe und eine bürgerfreundliche Verwaltung zu gewährleisten.

**GESAMTKONZEPT FÜR DIE
UNTERBRINGUNG VON
FLÜCHTLINGEN**

Einen wichtigen Punkt bildete in der Senatsklausur die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen. Für rund 5000 Flüchtlinge will der Senat im Jahr 2015 zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten vorrangig auf landeseigenen Grundstücken schaffen. Auch die berlinovo soll dabei einbezogen werden. Bei Neu- und Ausbau von Flüchtlingseinrichtungen sollen die Bezirksämter ebenso wie die Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig einbezogen werden.

Zum Gesamtkonzept gehört ebenso eine gute Versorgung, Integration und Betreuung durch schulische Versorgung in einrichtungsnahen Kitas und Schulen mit entsprechenden spezifischen Qualifikationsangeboten für Lehrkräfte und Erzieher/innen sowie ein gutes medizinisches Angebot. Die Unterkünfte sollen zudem gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen sein. Die Bemühungen, Flüchtlingen die Unterbringung in Wohnungen zu ermöglichen, sollen verstärkt werden.

Unterstützung soll es bei der Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt geben, etwa bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen und der Erweiterung des Projekts „Arrivo“, das Erwerbsmöglichkeiten von Flüchtlingen fördert. Angebote zum Spracherwerb, Sportangebote für Flüchtlingskinder und gezielte Beratungs- und Betreuungsangebote für traumatisierte Jugendliche sollen ausgebaut werden. Anwohnerinitiativen, die sich im Umfeld von Einrichtungen für Flüchtlinge engagieren, sollen unterstützt werden.

Parallel zur Schaffung der bundesrechtlichen Voraussetzungen sind Gespräche mit dem Land Brandenburg zur Aufnahme von

Fortsetzung Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Flüchtlingsen gegen Kostenerstattung geplant. Rechtskräftig abgelehnte AsylbewerberInnen werden in sichere Herkunftsländer abgeschoben.

**UNTERSTÜTZUNG
FÜR FAMILIEN**

Einen weiteren Schwerpunkt setzt der Berliner Senat bei den Hilfen für junge Menschen und Familien. So wird die Anzahl der Kitaplätze bedarfsgerecht um weitere 10.000 Plätze erhöht und ein Gesamtkonzept „Alleinerziehende unterstützen“ erstellt. Die Früheinschulung zum Schuljahr 2016/2017 wird entbürokratisiert und die Rückstellung von der Einschulung auf Wunsch der Eltern künftig ohne weiteren Prüfungsvorgang gestattet.

Zur Flexibilisierung der Früheinschulung soll noch in dieser Legislaturperiode eine Änderung des Schulgesetzes vorgelegt werden. Danach werden alle Kinder schulpflichtig, die das sechste Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 30. September des Jahres vollenden werden. Auf Wunsch der Eltern können Kinder, die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März das sechste Lebensjahr vollenden, in die Schule aufgenommen werden, soweit kein Sprachförderbedarf besteht. Dies wird ab dem Schuljahr 2017/2018 eingeführt.

Für den sonderpädagogischen Förderbedarf an Schulen werden mehr Integrationsstunden zur Verfügung gestellt, die Einrichtung der Jugendberufsagentur, die Jugendlichen eine Orientierung nach der Schule geben soll, will der Senat mit Hochdruck vorantreiben.

Die Integrationslotsen und Stadtteilmütter, deren Arbeit zuletzt durch Wegfall von Fördermitteln des Bundes gefährdet wurde, sollen dauerhaft aus dem Haushalt finanziert werden.

Das Schulgeld, das Pflegekräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher bislang für ihre Ausbildung zahlen mussten, will künftig der Senat übernehmen. Damit wird die Auszubildenden in den Mangelberufen deutlich attraktiver.

Zu den Beschlüssen gehört auch die einmalige Einführung eines Feiertags in Berlin: Zum Reformationsjubiläum 2017 wird der Senat die Ausrichtung des evangelischen Kirchentages in Berlin unterstützen und den Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag bestimmen.

DER SENAT IM KIEZ

Ernst macht der Regierende Bürgermeister auch mit seiner Ankündigung, den Bezirken ein besonderes Augenmerk zu widmen. Im März will der Senat damit beginnen, nacheinander in jedem Bezirk eine Senatsitzung abzuhalten. **BS** □

Soziales:

Spenden, die ankommen

Unterstützung für Projekte und Flüchtlingsunterkünfte

Mit zahlreichen Spenden haben SPD-Mitglieder in den vergangenen Wochen Flüchtlingsunterkünfte und Projekte unterstützt.

In der Flüchtlingsunterkunft Motardstraße überreichte der Spandauer SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz eine Spende von 25 Spielen. Nach einem Aufruf des Forums Netzpolitik der Berliner SPD spendeten Berliner SPD-Mitglieder 14 Laptops und einen Drucker. Die Geräte, die jetzt übergeben werden, sollen den nach Berlin geflüchteten Menschen helfen, Kontakte zu halten und Informationen zu bekommen. „Wer einmal fern von zuhause war, weiß wie sich Heimweh anfühlt. Wer fliehen musste und um die Lieben daheim bangt, für den ist es noch einmal existentieller, Kontakt zur Heimat aufzunehmen“, so Yannick Haan, einer der Sprecher des Forums Netzpolitik.

Die Bewohner der Neuköllner Flüchtlingsunterkunft haben warme Kleidung und Winterschuhe bekommen. Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu hatte im Dezember zu Kleiderspenden für die Unterkunft Neue Späthstraße aufgerufen. In seinem Wahlkreisbüro sammelte er saubere und intakte Winterkleidung für Kinder und Erwachsene, Winterschuhe, Mützen, Schals und Handschuhe. Auch Mittes Bundestagsabgeordnete Eva Högl hatte ihr Büro im Dezember zur Sammelstelle von „Wedding hilft“ gemacht. Die Ehrenamtlichen des Vereins unterstützen die Flüchtlinge bei Behördengängen, sie bieten Sprachkurse an und sammeln Spenden. Aktuelle Informationen und Bedarfslisten gibt es auf der



Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (r.) bei der Übergabe von Spielen in der Flüchtlingsunterkunft Motardstraße. Foto: Büro Schulz

Internetseite <http://wedding-hilft.de/>. So war im Januar zwar ausreichend Kleidung vorhanden, dafür fehlten Bettwäsche, aber auch Spiele, Sportgeräte und Bastelmaterial.

Für eine „riesengroße Freude“ sorgte der SPD-Abgeordnete Sven Heinemann bei der Bahnmissionsmission am Ostbahnhof. Bei einem Besuch in der Einrichtung anlässlich des 120-jährigen Bestehens Ende Oktober hatten ihm MitarbeiterInnen von ihrem Wunsch nach einer neuen, professionellen Gastro-Geschirrspülmaschine berichtet. Heinemann gab den Wunsch an einen Großhandelsmarkt in der Nachbarschaft weiter. Einen Tag vor Weihnachten wurde eine Geschirrspülmaschine gebracht, aufgestellt und angeschlossen. „Die Arbeiten in der Küche und die Bewältigung der großen Mengen an Geschirr werden den Mitarbeitenden dadurch enorm erleichtert“, schrieb die Bahnmissionsmission jetzt an Sven Heinemann. **BS** □

Lichtenberg:

25 Jahre Ende der Stasi

Bürgertag und neue Dauerausstellung

Am 15. Januar 1990 stürmten Tausende Demonstranten die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, um die Vernichtung der Akten zu verhindern und die Auflösung der Geheimpolizei zu erzwingen. 25 Jahre danach lädt der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen gemeinsam mit Partnern am heutigen Sonnabend zum Bürgertag in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg ein.

Von 11 bis 19 Uhr finden in dem riesigen Gebäudekomplex und auf dem Außengelände zahlreiche Vorträge, Podiumsveranstaltungen, Filmvorführungen, Präsentationen und Besucherführungen statt. Im Rahmen des Bürgertags öffnet auch die

neue Dauerausstellung in „Haus 1“ ihre Türen. Dokumente, Fotos, Film- und Tonaufnahmen sowie Objekte der Stasi geben Einblick in die Geschichte, Funktion und Arbeitsweise der SED-Geheimpolizei und zeigen, was das für Menschen bedeutete. Die Robert-Havemann-Gesellschaft präsentiert sich mit einem Informationsstand. Besucher können sich über das Archiv der DDR-Opposition sowie über die bildungspolitische Arbeit des Vereins informieren. **BS** □

Samstag, 17. Januar 2015, 11 bis 19 Uhr, Ruchestraße 103, 10365 Berlin Lichtenberg (U5 Magdalenenstraße). Vollständiges Programm unter www.bstu.bund.de/Buerger-tag

Arbeitsmarkt:

Gute Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

Dilek Kolat: Aufwärtstrend in Berlin verstetigt sich

Berlin entfernt sich immer erfolgreicher von der Roten Laterne der Arbeitslosenquote der Länder und nimmt nun den drittletzten Platz vor Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ein. „Das Jahr 2014 war das bislang erfolgreichste Jahr seit dem Arbeitsbeginn des rot-schwarzen Senats 2011“, so die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat.

Im Bundesvergleich ist die Arbeitslosigkeit in Berlin im vergangenen Jahr deutlich und überdurchschnittlich gesunken. Dilek Kolat: „Während Berlin seine Langzeitarbeitslosigkeit um 8,0 Prozent gesenkt hat, waren es im Bundesdurchschnitt 2,4 Prozent. Damit hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit in diesem Zeitraum in Berlin um 1,2 Prozentpunkte verringert und im Bundesgebiet insgesamt um 1,2 Prozentpunkte erhöht.“

Zum 31. Dezember 2014 waren 191 813 Menschen arbeitslos gemeldet. Das waren 9 856 Menschen weniger als im Vorjahr. „In diesem Umfang profitieren auch die Berliner Arbeitslosen vom Beschäftigungswachstum aufgrund der aktiven Arbeitsmarktpolitik“, erklärte die Senatorin. „Bezeichnend ist außerdem, dass die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt auch die Langzeitarbeitslosen erreicht.“ Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit geht ebenfalls deutlich voran. Insgesamt waren 14 408 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Das waren 2 686 weniger als im Vorjahr.



Bürgermeisterin sowie Arbeits- und Integrationsministerin Dilek Kolat. Foto: Horb

wachstum aufgrund der aktiven Arbeitsmarktpolitik“, erklärte die Senatorin. „Bezeichnend ist außerdem, dass die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt auch die Langzeitarbeitslosen erreicht.“ Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit geht ebenfalls deutlich voran. Insgesamt waren 14 408 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Das waren 2 686 weniger als im Vorjahr.

„Wir haben damit im Jahr 2014 die zwei zentralen Ziele vom Arbeitsmarktprogramm BerlinArbeit des Senats erreicht“, so Dilek Kolat. Das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen unter 200 000 zu senken, sei erstmals seit der Vereinigung Berlins vier Monate in Folge übertroffen worden. Dies spreche für eine nachhaltige Entwicklung. Auch das weitere Ziel von BerlinArbeit, die Jugendarbeitslosigkeit auf unter zehn Prozent zu senken, ist im Dezember 2014 mit 9,3 Prozent zum dritten Mal in Folge erreicht worden. „Der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt somit bei den Langzeitarbeitslosen und bei den Jugendarbeitslosen an“, erklärte die Senatorin.

Sie sieht zugleich gute Perspektiven, diese Entwicklung im Jahr 2015 fortzusetzen: „Aufgrund der Prognose für das Jahr erwarten wir einen weiteren Beschäftigungszuwachs, insbesondere beim Groß- und Einzelhandel sowie im Gastgewerbe. Beide Branchen werden insbesondere von steigenden Touristenzahlen und der wachsenden Stadt getragen.“

PM/BS □

Landwirtschaft:

„Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP“

Am heutigen Sonnabend startet um 12 Uhr auf dem Potsdamer Platz in Berlin zum fünften Mal die bundesweite „Wir haben es satt!“-Demonstration.

Unter dem Motto „Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP! Für eine Agrarwende!“ stemmt sich ein Bündnis aus über 100 Organisationen gegen die weltweite Industrialisierung der Landwirtschaft und die daraus resultierenden Risiken für Menschen, Tiere, Umwelt und den Bauernstand. Zur Demonstration in Berlin werden erneut mehr als 10.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet erwartet.

„Wir brauchen in Deutschland und in Europa eine Agrarpolitik für Bauernhöfe statt für die Agrarindustrie. Massentierhaltung verursacht großes Leid für die Tiere und Höfesterben hier und weltweit. Wir werden diese Entwicklung mit unserer Bewegung stoppen“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Gemeinsam habe man bereits den Anbau von Gen-Mais oder neue Mega-Ställe verhindert. **PM □**

➔ 17. Januar 2015, Auftaktkundgebung 12 Uhr auf dem Potsdamer Platz, 12:30 Uhr Demonstration zum Kanzleramt.

Gesundheit:

Entkriminalisierung von Cannabis?

Der SPD-Gesundheitspolitiker Thomas Isenberg lädt am 30. Januar zum Gesundheitspolitischen Dialog. Dabei geht es um neue Wege in der Drogenpolitik und die Frage einer Entkriminalisierung von Cannabis.

Was können wir an neuen Wegen der Drogenpolitik in Uruguay, aber auch in den USA lernen? Was gibt es Neues von der deutschen Rechtsprechung? Wie sehr ist die Fokussierung auf „Repression“ bei der Cannabispolitik in Deutschland verfehlt? Welche Nebenwirkungen hat die vorherrschende „Kriminalisierung“ des Cannabis-Konsums? Wie lässt sich eine kontrollierte Abgabe (für Erwachsene in Coffee-shops oder für Patienten in Apotheken) sowie lizenzierte Produktion/Handel realisieren? Was wirkt im Sinne der Prävention? Wie ist der Jugendschutz zu gewährleisten? Mit diesen Fragen setzen sich Experten aus Bund, Ländern und Bezirken, aus Beratungseinrichtungen, Gesundheitswirtschaft und Kliniken auseinander. **BS □**

➔ Freitag, 30. Januar 2015, 11:00 - 14:00 Uhr, Raum 304, Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin. Email-Anmeldung unter spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de

Verfolgung:

Gedenken zum Tag der Auschwitz-Befreiung

Jährlich zum 27. Januar, dem Internationalen Holocaust-Gedenktag, erinnert die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert an einem Gedenkort in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg an die Opfer des Nationalsozialismus. In diesem Jahr ist die Veranstaltung am Sonntag, d. 25. Januar von 14:00 bis 17:00 Uhr dem Thema der Kindertransporte gewidmet.

Nach der Begrüßung durch Pfarrer Florian Kunz von der Ev. Kirchengemeinde Zum Heilsbrunnen und Mechthild Rawert liest Schauspielerin Julia Blankenburg aus Briefen von Eltern und Kindern. Mechthild Rawert erinnert am Beispiel der Lebensgeschichte von Helmut Kallmann an die Errettung jüdischer Kinder durch die Kindertransporte. Anschließend ist ein Gang zu den Stolpersteinen der Familie Kallmann in der Geisbergstraße 41 geplant.

Zwischen Ende November 1938 und dem 1. September 1939 gelangten mit den Kindertransporten 10.000 jüdische Kinder aus Deutschland, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei ins Exil nach Großbritannien. **BS □**

➔ Treffpunkt 25. Januar, 14 Uhr, Heilsbrunner Straße 20, 10779 Berlin

Fachtagung:

„Strategien gegen rechts“

Fachausschuss bereitet Parteitagstrag vor

Auf einer Fachtagung der Berliner SPD sollen am 10. Februar gemeinsame Strategien gegen rechts entwickelt werden.

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt mit einer starken Zivilgesellschaft. Viele Menschen engagieren sich gegen rechts und für unsere Demokratie. Trotzdem gibt es auch hier rechte, rassistische, antisemitische und homophobe Gewalt, Hassideologien und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Die Arbeitsgruppe „Strategien gegen rechts“ wurde im Herbst 2011 vom SPD-Landesvorstand eingesetzt und hat zunächst eine umfassende Lageanalyse vorgelegt. Seit Ende 2014 gibt es einen Fachausschuss zu diesem wichtigen Querschnittsthema. Aktuelles Hauptprojekt ist die Erarbeitung eines Leittrags „Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt“, der unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten entwickelt wurde. Diese Strategiebildung soll u. a. Grundlage für das Wahlprogramm 2016 sein.

Bevor der Leittrag auf dem SPD-Landesparteitag im Juni 2015 eingebracht wird, sollen die Thesen und Forderungen in der Partei und mit Expertinnen und Experten diskutiert werden. Der Ablauf der Veranstaltung orientiert sich dabei an den Schwerpunktthemen des Leittrags: Demokratiefördernde Arbeit, Institutionelle



Fachausschuss Strategien gegen rechts: Vorstand und Beisitzer.

Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Volksparteien, natürlich auch mit Blick auf die eigene Partei. Der Fachausschuss lädt dazu ein, die Thesen und Forderungen des Antrags gemeinsam mit Expertinnen und Experten zu diskutieren. Mit dabei sind u. a. der Landesvorsitzende Jan Stöß, die Senatorinnen Dilek Kolat und Sandra Scheeres, die stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende Eva Högl, die Fachausschuss-Vorsitzende Susanne Kitschun sowie LehrerInnen und SchulleiterInnen. **BS □**

➔ Fachtagung Dienstag, 10. Februar 2015, 18.00 Uhr, Schloss 19, Schloßstr. 19, 14059 Berlin, Anmeldung: www.spd-berlin.de/fachtagung

AG 6oplus:

Neuer Vorstand in Spandau gewählt

Bei der Mitgliederversammlung der „Arbeitsgemeinschaft 6oplus“ der Spandauer SPD wurde am 16. Dezember der Vorstand neu gewählt. Einzige Kandidatin für den Vorsitz war die bisherige Vizevorsitzende Brigitte Ritter-Spingies (Wilhelmstadt), die einstimmig gewählt wurde. Zu ihren beiden Stellvertretern wählten die Spandauer SPD-Senioren Hans-Peter Müller (Wilhelmstadt) und Josef Zimmermann (Haselhorst).

Die Neuwahl war durch den Tod des bisherigen 6oplus-Vorsitzenden und Bezirksverordneten Michael Gustke erforderlich geworden. In Spandau gehören rund 500 ältere SPD-Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft an. Die neugewählte Dreier Spitze hat ihren Mitgliedern für 2015 bereits ein erstes Programm vorgelegt, mit dem das Engagement der Älteren auf „seniorenrelevanten“ Themenfeldern gefördert werden soll. **PM □**

SPD Mitte:

Kinderbetreuung bei allen Veranstaltungen

Seit dem 1.1.2015 bietet der Kreisverband Berlin Mitte der SPD allen Mitgliedern mit Kindern die Möglichkeit an, die Kosten für Kinderbetreuung zu übernehmen, die ihnen durch die Teilnahme an seinen Veranstaltungen entstehen.

Das Angebot gilt für alle Veranstaltungen des Kreises und seiner Untergliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise. Die Kinderbetreuung wird entweder am Ort der Veranstaltung zentral organisiert oder die Eltern erhalten die Möglichkeit der Kostenübernahme durch den Kreisverband für eine Kinderbetreuung zu Hause. Andreas Wiedermann, Kassierer der SPD Berlin Mitte: „Gerade Eltern wollen sich oft engagieren, müssen sich aber häufig zwischen ihrer Familie und der Teilnahme an Parteiveranstaltungen entscheiden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und dem Engagement in der SPD! Die gibt es aber nicht zum Nulltarif.“ **PM □**

FRAKTION INTERN

Gegen Intoleranz und Terror. Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses hat ihre Fraktionssitzung vorzeitig beendet, damit die Abgeordneten an der Gedenkveranstaltung des Zentralrats der Muslime für die Opfer der Anschläge in Paris teilnehmen konnten. Die Mahnwache fand am Brandenburger Tor statt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh: „Wir drücken unsere Solidarität mit den Opfern des menschenverachtenden Terrors in Paris aus und stehen auf gegen Gewalt und Hass von religiösen Extremisten. Wir alle müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Fanatiker, Islamisten, Rechtspopulisten, und jede Form von Intoleranz nicht das Ziel der Spaltung unserer Gesellschaft erreichen. Demokratische Parteien, Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft und die religiösen Gemeinschaften sind aufgerufen gemeinsam ein Zeichen zu setzen, dass Hass, Intoleranz und Menschenverachtung bei uns in Berlin keinen Platz und keinen Nährboden haben. Die Botschaft lautet: Wir sind mehr und wir lassen es nicht zu, dass unser Miteinander, unsere Vielfalt, Weltoffenheit und Pluralismus gefährdet werden. Wir wollen die Einheit dieser Stadt. Wir lassen uns unser Miteinander nicht kaputt machen.“ Ein Gastbeitrag von Raed Saleh zum Thema im Tagesspiegel ist im Internet zu finden unter: <http://goo.gl/Oya9DB>

Umwandlungsverordnung kommt. Die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Iris Spranger, begrüßt die vom Senat getroffene Vereinbarung zum Erlass einer Umwandlungsverordnung in Berlin: „Die SPD hat seit langem die Einführung dieses Instruments für einen besseren Mieterschutz gefordert. Das wohnungspolitische Ziel ist die Erhaltung der sozialen Zusammensetzung angestammter Mieterinnen und Mieter, insbesondere derer mit niedrigem Einkommen, die auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. Hierzu wird die Umwandlungsverordnung einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten.“

Faltblatt zum Thema Spielhallen. Das neue Informationsfaltblatt der SPD-Fraktion „Erfolgreich im Kampf gegen die Spielhallenflut“ ist ab sofort in der Pressestelle oder im Internet unter www.spdfraktion-berlin.de/publikationen erhältlich.

Unterstützung für Freiwillige Feuerwehr. Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag zur stärkeren Unterstützung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr eingebracht. Weitere Informationen zum geplanten Maßnahmenpaket unter: www.spdfraktion-berlin.de/pressemitteilungen. **cs □**

Fachausschuss Mobilität:

Mit Lassalle in die Zukunft

MobilitätsexpertInnen legen Stufenplan für Verbindung nach Breslau vor

Auf die Einstellung des Eurocity „Wawel“ nach Wroclaw (Breslau) zum Fahrplanwechsel im vergangenen Dezember haben der Fachausschuss Mobilität und die AG Polen der SPD aufmerksam gemacht. An einer Aktion zur letzten Fahrt am 13. Dezember vergangenen Jahres beteiligten sich neben dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und den SPD-Abgeordneten Daniel Buchholz und Frank Jahnke als Gast u.a. auch der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Europaparlaments Michael Cramer (Grüne) sowie zahlreiche deutsche und polnische Verbände.

Die Einstellung der Verbindung sei ein Verlust an Mobilität zwischen den Nachbarn Polen und Deutschland und vor allem ein Rückschritt beim Zusammenwachsen der Grenzregion zu einem einheitlichen Arbeitsmarkt und Wirtschaftsraum, so die gemeinsame Kritik. Die Berliner SPD hatte ein Zugschild für die von ihr geforderte Verbindung anfertigen lassen.

Der Vorstand des Fachausschusses Mobilität der Berliner SPD hat ein „Stufen-Konzept zur Revitalisierung des Eisenbahnfernverkehrs Berlin-Breslau“ vorgelegt. Grundlage des Konzeptes, so die Fachausschuss-Vorsitzende Sybille Uken, ist eine Expertise (ETC-Studie) finanziert aus EU-Mitteln im INTERREG-Programm „Via Regia“. Die Umsetzung sollte an einem „Runden Tisch“ aller deutschen und polnischen Akteure des Bahnverkehrs erfolgen. Auch die touristischen Akteure aus Niederschlesien und Opole sowie die Akteure des geplanten Flughafens BER sollen einbezogen werden.

Die erste Stufe ist für das Jahr 2016 vorgesehen, wenn Breslau europäische Kulturhauptstadt wird. Anlässlich der erhöhten touristischen Nachfrage für Fahrten nach Breslau sollen zwei Zugpaare angeboten werden. Zum einen eine Triebzug-Verbindung für Tages- oder Wochenendausflüge (morgens hin, abends zurück) mit niedrigen Kosten ohne Halt zwischen Cottbus und Breslau über die dann sanierte Verbindungskurve und Neißebücke bei Horka (südlich von Weißwasser). Die Fahrzeit würde rund 3:50 Stunden betragen. Diese Zugverbindung soll nach den Vorstellungen des Fachausschusses als „Kulturzug“ aus Mitteln des Tourismus und der Wirtschaftsförderung unterstützt werden. Zum anderen soll der „Eurocity Wawel“ wieder täglich über Frankfurt/Oder – Zielona Góra – Breslau weiter nach Kraków verkehren. Die Fahrzeit auf dieser 2016 teilsanierten Strecke wäre mit ca. 5 Stunden länger. Speziell für diese Strecke steht aber wegen der



Werben für bessere Verbindungen nach Polen: Sybille Uken, Vorsitzende des Fachausschusses Mobilität, Jan Stöß, der grüne Europaabgeordnete Michael Cramer, die SPD- Abgeordneten Daniel Buchholz und Frank Jahnke. Foto: Peter Cornelius

Anbindung von Zielona Góra ein Zuschussprogramm des polnischen Infrastrukturministeriums für Fernzüge zur Verfügung. Die Trassenpreise sind niedriger, so dass eine Eigenwirtschaftlichkeit erreicht werden kann. Außerdem kann elektrisch ohne Lokwechsel gefahren werden. Zielgruppe wären u.a. nicht zeitsensible touristische Reisende nach Breslau und Krakau mit längerem Aufenthalt.

Die zweite Stufe ist nach dem Konzept aus dem Fachausschuss für 2018 vorgesehen: Mit der Schließung der Elektrifizierungslücke Hoyerswerda – Horka und von Hoyerswerda bis Breslau und weiter nach Opole kann dann eine komplett auf 160

km/h ausgebaute Strecke zur Verfügung stehen, auf der Fernzüge ohne kostenintensiven Lokwechsel mit ca. 3 1/2 Stunden Fahrzeit verkehren könnten. Zeitnah wird voraussichtlich der Flughafen BER in Betrieb gehen, der direkt von den Fernzügen Berlin-Breslau angefahren werden kann.

Es sollen mehrere Eurocity-Züge (auch für die Flughafen-Anbindung) Berlin – BER – Cottbus – Senftenberg – Hoyerswerda – Liegnitz – Breslau – Oppeln angeboten werden. Ein Zugpaar sollte nach den Vorstellungen des Fachausschuss-Vorstands den Namen „Ferdinand Lassalle“ tragen, um an den Begründer der polnischen und deutschen Arbeiterbewegung zu erinnern, der in Breslau beerdigt ist. Durch Integration der Züge bis Hoyerswerda in den regionalen Tarif des VBB könnten die Eisenbahnverkehrsunternehmen eine Ausgleichszahlung durch die Länder Berlin und Brandenburg bekommen. Die Eisenbahnunternehmen werden durch eine Kooperation und Vernetzung mit den Akteuren des Tourismus (Hotels, Kurorte in Breslau und Niederschlesien) und den Flughafengesellschaften (BER) unterstützt.

In der dritten und letzten Stufe, vorgesehen in den Jahren 2025 bis 2030, sollen Elektrifizierung und Ausbau der kürzeren Verbindung Cottbus - Forst - Sagan - Liegnitz auf 200 km/h erfolgen. Die Fahrzeit wird damit mit 2 1/4 Stunden konkurrenzfähig. Voraussetzung ist hierfür, dass die Strecke gemeinsam in das europäische TEN-Netz aufgenommen wird, so der Fachausschuss. **BS □**

Debatte um Sterbehilfe

Fritz Felgentreu lädt zur Diskussion in Rudow

Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu und die SPD Rudow laden am Donnerstag, dem 22. Januar 2014 ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Sterbehilfe in Deutschland.

Die aktuelle Debatte zur Sterbehilfe wirft eine Reihe von medizinischen, ethischen und rechtlichen Fragen auf, die quer durch alle gesellschaftlichen Schichten kontrovers und emotional diskutiert werden. Alle Menschen brauchen am Ende ihres Lebens besonders dann Unterstützung und Begleitung, wenn sie von schwerer Krankheit betroffen sind. Einige wünschen sich diese Unterstützung auch in Form eines assistierten Suizids. Sie haben Angst vor Schmerzen, Kontrollverlust und Einsamkeit. Die Beihilfe zu einem frei verantwort-

lichen Suizid ist in Deutschland grundsätzlich nicht strafbar. Aber wie steht es um ein Verbot der organisierten Sterbehilfe? Und sollte der ärztlich assistierte Suizid gesetzlich geregelt werden?

Diese und weitere Fragen diskutieren Viola Kennert, Superintendentin des Kirchenkreises Neukölln, Ender Cetin, Vorsitzender der Sehitlik Türkische-Islamische Gemeinde Neukölln, Dr. Stefan Sommer, Vivantes Klinikum Neukölln und Dr. Fritz Felgentreu, Mitglied des Deutschen Bundestages.

➡ Anmeldungen bitte an fritz.felgentreu@bundestag.de oder unter der Telefonnummer 030-568 21 111.

Beginn ist am 22. Januar um 17:30 Uhr in der Alten Dorfschule Rudow, Alt Rudow 60, 12355 Berlin.

Europaparlament:

Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft

Sylvia-Yvonne Kaufmann über das Europäische Jahr für Entwicklung

Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2013 finden 60% der Bürgerinnen und Bürger, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten mehr Entwicklungshilfe leisten sollten und die Bekämpfung der weltweiten Armut einen höheren Stellenwert bekommen müsste. Gleichzeitig wünschen sich die Menschen mehr darüber zu erfahren, wo konkret Hilfe geleistet wird, von wem und für wen.

Mit der aktuellen Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen in Europa sind zugleich viele Fragen verknüpft: Wo kommen die Flüchtlinge her? Warum verlassen sie ihre Heimat bzw. warum müssen sie fliehen? Und wie können wir der Zunahme der Flüchtlingszahlen entgegenwirken? Wie können die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Weltregionen verbessert werden?

DIE EU IN DER VERANTWORTUNG

Die Europäische Union ist in die internationale Staatengemeinschaft eingebettet und trägt eine besondere Verantwortung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Doch nicht nur deshalb hat das Europäische Parlament im April letzten Jahres beschlossen, das Jahr 2015 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ zu deklarieren.

Es hatte darüber hinaus im Blick, dass sich 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Jahrtausendwende auf ehrgeizige Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 geeinigt hatten. Diese enthielten konkrete Vorgaben beispielsweise in Bezug auf die Reduktion der Kindersterblichkeit, die



Sylvia-Yvonne Kaufmann vertritt Berlin im Europäischen Parlament.

© Europäische Union 2014

Bekämpfung extremer Armut oder die Verbesserung der Schulbildung. Von daher gilt es nun kritisch zu hinterfragen, ob die EU wirklich genug zur Verwirklichung dieser Ziele beigetragen hat und wie europäisches Engagement verstärkt werden kann.

„In dieser sich rasch ändernden Welt ist eine kontinuierliche Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit unentbehrlich. Rund 1,3 Milliarden Menschen leben nach wie vor in extremer Einkommensarmut, und bei noch mehr Menschen sind die Grundbedürfnisse der menschlichen Entwicklung noch immer nicht erfüllt“, heißt es in dem damaligen Parlamentsbeschluss.

Im Europäischen Jahr für Entwicklung werden daher unter dem Motto „Unsere

Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ EU-weit Aktionen, Kampagnen und Veranstaltungen zum Thema stattfinden, die die EU-Institutionen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern und natürlich den Mitgliedstaaten organisieren. Auf diese Weise soll für das Thema Entwicklungspolitik mehr öffentliche Aufmerksamkeit erzielt und die Bürgerinnen und Bürger in der EU besser über die Chancen und Vorteile der Entwicklungshilfe informiert werden.

DIE MENSCHENRECHTE IM ZENTRUM

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden uns hier engagiert einbringen. Für uns müssen die Menschenrechte im Zentrum von Entwicklungspolitik stehen. Der Beseitigung von Armut, der spürbaren Verbesserung der Gesundheitsversorgung sowie dem Abbau von Ungleichheiten - vor allem auch zwischen den Geschlechtern - messen wir Sozialdemokraten dabei besondere Bedeutung bei. Selbstverständlich werden wir uns auch über das Jahr 2015 hinaus für mehr Nachhaltigkeit in der Entwicklungshilfe einsetzen. Denn: Entwicklungshilfe ist kein Selbstzweck, sondern ermöglicht es uns eine Antwort auf Wirtschaftsmigration zu finden, neue Potentiale für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und anderen Weltregionen freizusetzen sowie internationale Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Es ist daher auch in unserem Interesse, den ärmeren Regionen dieser Erde unterstützend zur Seite zu stehen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

Erinnerung an ein Massaker

Die AG Carlo Levi lädt zur Informationsveranstaltung über die SS-Verbrechen in Sant' Anna di Stazzema

Die AG Carlo Levi Berlin lädt am 24. Januar zu einer Informationsveranstaltung über Sant' Anna di Stazzema (Toscana), den Ort eines SS-Massakers.

Am 12. August 1944 verübten Angehörige der 16. SS-Panzerdivision „Reichsführer SS“ in Sant Anna di Stazzema ein grausames Massaker an über 560 italienischen Zivilisten. Im Jahr 2005 verurteilte ein italienisches Militärgericht in La Spezia 10 Angeklagte der damaligen Waffen-SS in Abwesenheit zu lebenslangen Freiheitsstrafen. In Deutschland blieb dieses Verbrechen bis heute ungesühnt. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Stuttgart stellte ihre

jahrelangen Ermittlungen am 1.10.2012 mit diskussionswürdiger Begründung ein.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Hamburg neue Ermittlungen gegen einen SS-Beschuldigten aufgenommen. Die Veranstaltung soll dazu dienen, diesen neuen Sachverhalt gemeinsam zu diskutieren, um die Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors wachzuhalten und um die eindrucksvolle Gedenkstätte in Sant' Anna di Stazzema zu unterstützen.

Teilnehmen werden Aldo Venturelli, Leiter des italienischen Kulturinstituts Berlin, Gabriele Heinecke, Rechtsanwältin in diesem Verfahren, Laura Garavini, Mitglied im

italienischen Abgeordnetenhaus, Maurizio Verona, Bürgermeister von St. Anna di Stazzema. Die Redebeiträge werden von Gerda Dicke übersetzt, die Moderation haben Gianfranco Ceccanei und Günter Freier. Die Veranstaltung wird von der Bürgerinitiative Altritalia Berlin und den italienischen Sozialdemokraten der PD Berlin unterstützt.

➡ Informationsveranstaltung über Sant' Anna di Stazzema (Toscana), Ort eines SS-Massakers, Samstag, 24. Januar 2015, 17.00 Uhr, Aula der VHS Charlottenburg-Wilmersdorf: Pestalozzistraße 40/41, 10627 Berlin

Freihandelsabkommen:

Transparenz und Beteiligung gefordert

Fritz Felgentreu: CETA-Verhandlungsprozess dauert noch mindestens ein Jahr

Derzeit steht keine Abstimmung über das CETA-Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada bevor. Im Gegenteil, es wird mindestens noch ein Jahr Verhandlungsprozesse auf europäischer und ggf. auch auf nationaler Ebene geben.

Der fertige Verhandlungstext des Abkommens wird derzeit auf EU-Ebene überarbeitet. Das Bundeswirtschaftsministerium bringt dabei im Rat der Handelsminister der EU insbesondere Änderungsvorschläge zu den Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) im Rahmen des Investorenschutzes ein. Der Rat, in dem die nationalen Regierungen vertreten sind, und das Europäische Parlament werden frühestens Ende 2015, eher Anfang/Mitte 2016 über das Abkommen entscheiden. Umstritten ist noch, ob auch alle 28 Mitgliedstaaten den Abkommen einzeln zustimmen müssen. Dann würde CETA voraussichtlich erst 2017 in Kraft treten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bundesminister für Wirtschaft und Energie haben gemeinsame Ziele und Anforderungen an die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) formuliert, die auch für das europäisch-kanadische Abkommen CETA gelten. Sie wurden von einem Parteikonvent der SPD aufgegriffen und beschlossen.

In den anstehenden Verhandlungen wird sich die SPD für die Durchsetzung der beschlossenen Ziele einsetzen und auch bei unseren europäischen Partnern dafür werben. Das tun natürlich auch unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament im Rahmen der dortigen Beratungen.

Sigmar Gabriel hat deutlich gemacht, dass am Ende ein SPD-Parteitag beziehungsweise ein Parteikonvent über die Haltung der SPD entscheiden wird. Eine lebhaft und kritische Debatte vorher ist also garantiert.

Die EU verhandelt gegenwärtig mit den



Fritz Felgentreu ist Neuköllner Bundestagsabgeordneter und stellvertretender SPD-Landesvorsitzender.

Foto: Horb

USA über das Freihandelsabkommen TTIP, das tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse im Interesse beider Seiten abbauen soll, um die bilateralen Handelsbeziehungen zu intensivieren. Für die EU führt die EU-Kommission die Verhandlungen, die Positionen werden im so genannten Handelspolitischen Ausschuss von den EU-Mitgliedstaaten entwickelt. Für Deutschland sitzt in dem Ausschuss das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).

KLARE POSITION

Weil das Abkommen und die zumeist geheimen Verhandlungen Unsicherheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern schüren, ist es für die SPD-Fraktion von großer Bedeutung, sich für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Verbraucherschutz- und Umweltrechten einzusetzen. Auch das Urheberrecht soll geschützt werden.

Die SPD hat dazu bei ihrem Parteikonvent am 20. September 2014 einen Beschluss zu den transatlantischen Freihandelsgesprächen gefasst, in dem die inhaltlichen Erwartungen der SPD an die Verhandlungen klar formuliert sind. Mit dem Be-

schluss stellt sich die SPD hinter das gemeinsame Positionspapier von SPD-Parteichef Sigmar Gabriel und dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann. In diesen Positionierungen sind einige Punkte enthalten, die mir besonders wichtig sind:

○ Kein Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) im Abkommen. Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten können und sollten in der EU durch staatliche Gerichte und nicht durch internationale Schiedsgerichte entschieden werden.

○ Geheimhaltungsvorschriften dürfen die öffentliche Debatte nicht verhindern. Es ist gut, dass der Rat der Europäischen Union das Verhandlungsmandat endlich veröffentlicht hat. Denn nur über Transparenz und Beteiligung können Vertrauen und Legitimität hergestellt und Verschwörungstheorien kein Raum gegeben werden.

○ Es darf zu keinem Abbau von Arbeitnehmerrechten sowie von wirtschaftlichen, sozialen, Verbraucherschutzrechtlichen oder kulturellen Standards kommen. Hingegen muss das Freihandelsabkommen Maßstäbe für fairen globalen Handel setzen und zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Einmal verhandelt, sollte TTIP meiner Meinung nach nicht nur durch das Europäische Parlament, sondern auch durch die nationalen Ratifizierungsprozesse der 28 EU-Mitgliedsstaaten bestätigt werden. Damit ist sichergestellt, dass das Abkommen demokratisch legitimiert ist und sich an den Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger orientiert.

Fritz Felgentreu □

➡ Informationsbroschüre des Bundeswirtschaftsministeriums mit Fakten und Informationen zu TTIP im Internet unter <http://goo.gl/ISXHbc>

➡ Beschluss des SPD Parteikonvents vom 20. September 2014: <http://goo.gl/qiUrQW>

Aufsichtsräte:

Mit der Quote zum „umfassenden Kulturwandel“

Künftig ein Drittel weibliche Führungskräfte in großen Börsenunternehmen

Künftig sollen in Aufsichtsräten von großen, börsennotierten Unternehmen 30 Prozent weibliche Führungskräfte sitzen. Das hat das Bundeskabinett noch im Dezember beschlossen.

Damit haben die Bemühungen von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas Früchte getragen. Die gesetzliche Quote ist

nach Ansicht der SPD ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu tatsächlicher Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Wenn diese Quote nicht erreicht wird, bleibt der Platz unbesetzt, es gilt das Prinzip des „leeren Stuhls“. Große Betriebe und Unternehmen werden zusätzlich verpflichtet, sich Zielgrößen zu geben, in welchem Zeitraum sie die Präsenz von Frauen

in Vorständen und oberen Management-Ebenen erhöhen wollen. Diese Ziele sollen veröffentlicht und überprüft werden. Mehr als 3500 Unternehmen werden von dieser Regelung erfasst. Familienministerin Manuela Schwesig zeigte sich überzeugt, dass damit ein umfassender Kulturwandel auch weit darüber hinaus erreicht werden könne.

BS □

Integration:

„Auf die Menschen schauen“

Vincent Paul: Ungleichheiten nicht nur nach regionalen Gesichtspunkten betrachten

Vor kurzem hieß es in einer Schlagzeile: „Migranten werden den Deutschen immer ähnlicher.“ Meine erste Reaktion war: Oh Gott, warum tun sich die Migranten das an? Aber mal ernsthaft gefragt: Wie gleich sind sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund tatsächlich? Immerhin 16,3 Mio Menschen - also ca. 20% der Bevölkerung - weisen aktuell einen Migrationshintergrund in Deutschland auf. Wir sind also bunt gemischt und wir stemmen uns erfolgreich gegen das demografische Aussterben der Deutschen. Seit mehreren Jahren ist die Wanderungsbilanz der Ein- und Auswanderung wieder positiv und Deutschland erschließt (ungeahnte) Potenziale - kulturell und ökonomisch.

Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund ist also ungefähr vergleichbar mit der Größe Nordrhein-Westfalens oder der neuen Bundesländer. Mit den aktuellen Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich soll bekanntlich die bestehende Ungleichheit (Ungerechtigkeit) zwischen den Regionen in Deutschland ausgeglichen werden. Und die Messgrößen hierfür sind schnell gefunden: Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsleistungen, Investitionsquoten, SGB II- und Armutsquoten.

Diese Blickrichtung „nur“ auf Regionen ist aber nicht ausreichend für unsere sozialdemokratischen Ansprüche. Es besteht noch immer eine große Ungleichheit zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, so dass wir vielleicht weg von den Regionen und hin zu den Menschen schauen sollten.

DIE MESSBARE WIRKLICHKEIT

Denn Potenziale nutzt Deutschland nur, wenn wir die Zugewanderten erfolgreich integrieren - und nicht zu „Menschen zweiter Klasse“ machen. Der aktuelle Bericht über die „Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“, vorgestellt von Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), gibt Auskunft über die messbare Wirklichkeit.

Noch immer sind ausländische Schüler, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil insgesamt, an Hauptschulen überrepräsentiert und an Gymnasien deutlich unterrepräsentiert. Bedauerliche 11,6% der ausländischen Schüler verlassen jedes Jahr die Schule gänzlich ohne Abschluss, dies trifft nur auf 5,4% der deutschen Schüler zu. Immerhin 44,3% der deutschen Schüler machen das Abitur, wohingegen dies nur 16,2% der ausländischen Schüler schaffen.



Soziale Ungleichheiten sind im Stadtbild sichtbar.

Foto: Horb

Dieser unheilvolle Start setzt sich im weiteren Verlauf des Lebens fort und wird immer schwerer zu korrigieren - eine „Weitergabe“ an die nächste Generation ist dann zu befürchten und oft das Ergebnis.

Von Armut gefährdet

Nach dem Mikrozensus 2012 liegt mit 26,8 % die Armutsgefährdungsquote bei Personen mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund (12,3%). Als armutsgefährdet gelten in Deutschland jene Menschen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 % des mittleren Einkommens beträgt.

Der Bildungsstand hat kaum Auswirkung auf die Armutsgefährdungsquote. Die Quote bleibt bei Personen mit Migrationshintergrund auch dann hoch, wenn sie Abitur haben. Sie liegt mit 20,1 % mehr als doppelt so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund und Abitur (8,9 %). Auffallend ist, dass über alle Alterskohorten hinweg die Armutsgefährdungsquote bei Personen mit Migrationshintergrund und Abitur (20,1 %) deutlich höher ist als bei Personen ohne Migrationshintergrund und Hauptschulabschluss (14,9 %).

Quelle: 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, (Oktober 2014)

WENN NUR DER DEUTSCHE NAME ZÄHLT

Jugendliche mit Migrationshintergrund finden seltener eine Ausbildung (29%) als Menschen ohne Migrationshintergrund (44%). Besonders dramatisch ist eine aktuelle Studie, die völlig identische Bewerbungsunterlagen „ins Rennen“ um einen Ausbildungsplatz schickt - nur zu unterscheiden durch einen deutschen Namen („Tim“) und einen weniger deutschen Namen („Hakan“). Im Ergebnis hat der Jugendliche mit dem „deutschen Namen“ Tim häufiger eine Gesprächseinladung erhalten als der Jugendliche mit dem nicht-deutschen Namen - trotz absoluter Gleichheit der Unterlagen... Kann man da noch von Gerechtigkeit sprechen oder wirken Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft hier schon so handlungsleitend, dass Menschen tatsächlich vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden?

Gelungene Integrationsbeispiele sehen sicher anders aus, aber es gibt sie auch. Und wir brauchen mehr davon! Es ist verständlich, dass junge Menschen, die immer wieder solche negativen Erfahrungen machen, den Glauben an Fairness, eine tatsächliche Chancengleichheit oder Gerechtigkeit verlieren. Ihre „Erfolgsquote“ ist einfach zu niedrig. Und bei der Vielzahl an ausgrenzenden Prozessen kann sinnvoll nur gelten: Die Integration geht immer von der Mehrheitsgesellschaft aus, da ihr mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Der einzelne Betroffene kann die Widerstände des bestehenden Systems nicht nachhaltig überwinden.

POLITIK GEGEN STAMMTISCHPAROLEN

Dafür braucht es auch sozialdemokratische Politik, die sich gegen „landläufige“ Stammtischargumente und Vorurteile stellt. Dafür brauchen wir auch eine Willkommenskultur, die nicht die ausgrenzende Wirkung von Prozessen, sondern die Integration von Menschen im praktischen Fokus hat und sogar verstärkt. Wenn wir die Potenziale der Vielfalt in einer offenen und respektvollen Gesellschaft nutzen wollen, müssen wir unser Augenmerk noch mehr auf eine soziale Integrationspolitik richten: Für gleiche Lebensverhältnisse - unabhängig von Regionen, sondern für Menschen. Es gibt noch viel zu tun...

Vincent Paul, Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt in der SPD Treptow-Köpenick □

Berlin-Historie:

Aktuelle Geschichte

Das Jahrbuch des Landesarchivs 2014 ist erschienen

Seit 1982 geben die Jahrbücher des Berliner Landesarchivs Einblicke in Details der Berliner Geschichte. Auch das gerade erschienene Jahrbuch 2014 führt die Leserinnen und Leser wieder durch die Jahrhunderte – mit durchaus aktuellen Bezügen.

So beschreibt Rolf Hensel anhand einer Auswertung von Jahrbüchern der Berliner Schulen, wie sich der I. Weltkrieg im Alltag der Berliner Jugendlichen und ihrer Lehrer niedergeschlagen hat, er dokumentiert das Pathos ebenso wie die in Schulzeitungen veröffentlichten Anzeigen für „Herzschutz-Panzerplatten“, die das Herz der künftigen Soldaten zum Preis von 8 Mark unter der Uniform vor Schussverletzungen bewahren sollten.

Matthias Heisig beschreibt anschaulich, wie Anwohner das Tempelhofer Feld als Parklandschaft erhalten wollten. Der Kampf, den er schildert, liegt allerdings gut hundert Jahre zurück, und er war letztlich erfolglos: Statt einer Erholungsfläche wurde daraus ein Flughafen. Heisigs Aufsatz zeigt auf, wie sich unterschiedliche Interessen und Nutzungsanforderungen in der damals wachsenden Stadt artikulierten. Und wie die Zuzüge von Vertriebenen in der Folge des I. Weltkriegs in Berlin zu steigenden Bevölkerungszahlen und Woh-



Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2014, Gebr. Mann Verlag 2014, ISBN 978-3-7861-2727-7, 29,90 Euro

nungsnot führten, was die Debatte um Wohnungsbau auf dem Tempelhofer Feld wieder anfeuerte und zumindest zu etlichen Behelfsbauten führte. Um 1910 erdachte Pläne zum Bau eines Stadtquartiers für 60.000 Menschen waren durch

den Beginn des I. Weltkriegs gescheitert – wobei die Überlegungen ursprünglich dazu dienen sollten, die Steuerkraft des Landkreises Teltow zu stärken, zu dem das Tempelhofer Feld damals noch gehörte. Denn dieser brauchte dringend neue Einnahmen, weil sich die Baukosten des Teltowkanals plötzlich verdoppelt hatten.

Gabriele Thieme-Duske und Eckhardt Rieke widmen ihren Beitrag einem Familienschicksal: Im Oktober 1943 wurden zahlreiche Mitglieder und Freunde der Reickendorfer Familie Beuthke ohne Gerichtsurteil im KZ Sachsenhausen hingerichtet. Sie hatten dem kurz zuvor aus der Sowjetunion nach Berlin heimgekehrten Kommunisten Ernst Beuthke Unterkunft gewährt oder ihn unterstützt. An die Ermordeten erinnern nun Stolpersteine.

Mit der Forderung nach einer Straßenumbenennung in Mitte befasst sich Ulrich van der Heyden. Der Historiker mit dem Schwerpunkt brandenburgisch-preußische Kolonialgeschichte wendet sich – mitunter auch nicht frei von Polemik – gegen eine seiner Ansicht nach ahistorische Umbenennung der Mohrenstraße. Nicht Sklaven seien hier gefangen gehalten worden, betont der Autor. Vielmehr sei der Name entstanden, nachdem eine Delegation aus dem heutigen Ghana diesen Weg zum Treffen mit dem preußischen König genutzt hätte. Der altertümliche Begriff „Mohr“ sei zudem nicht wie andere Bezeichnungen rassistisch belegt.

Ergänzt wird der Band mit einer umfangreichen Berlin-Chronik für 2013. **uh** □

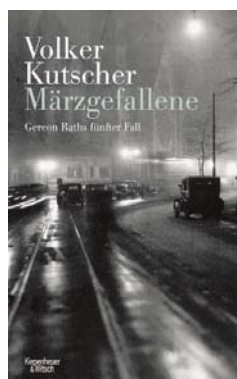
Berlin-Literatur:

Die „Rote Burg“ in den Händen der „Braunen“

Volker Kutschers fünfter Kriminalroman mit Gereon Rath führt in das Jahr 1933

Kriminalromane mit geschichtlichem Hintergrund erscheinen heutzutage in Hülle und Fülle, so dass man von einer Schwemme sprechen kann. Zu den „Leuchttürmen“ dieses Genres darf man den Kölner Autor Volker Kutscher zählen, der mit seinem Kommissar Gereon Rath in der Berliner Mordkommission die Leserschaft in die 1930er Jahre schiebt.

In seinem jüngsten Fall „Märzgefällene“ zeichnet Kutscher ein prägnantes und sensibles Bild der Deutschen im Jahr 1933. Der doppeldeutige Titel führt allerdings in den März 1917 auf das Schlachtfeld des Ersten Weltkriegs in Frankreichs Nordosten, wo deutschen Soldaten per Zufall Goldbarren eines Bankiers in die Hände fallen. Sie „privatisieren“ den Fund. Die Gier nach dem Gold löst 16 Jahre später eine Mordserie aus. Autor Kutscher schildert hier nicht nur spannend



Märzgefällene, Volker Kutscher, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2014, 600 Seiten, 19,99 Euro. ISBN-13: 978-3462047073

die Aufklärung, sondern reflektiert geschickt, wie der Krieg in den Köpfen der Menschen höchst unterschiedlich wahrgenommen wurde. Differenziert beschreibt er die Wahrnehmung der politischen Ereignisse des frühen Jahres 1933 und wie das Polizeipräsidium am Alex, die „Rote Burg“ in die Hände der „Braunen“ fällt. Rath wird

nach dem Reichstagsbrand der Politischen Polizei zugeordnet; hier geht es nicht um die Aufklärung von Wahrheit, sondern um die Hatz auf die politischen Gegner der Nazis. Beindruckend kommt das Milieu obdachloser Kinder zur Geltung. In seinem fünften Kriminalroman zieht Volker Kutscher alle Register eines spannenden Kriminalromans sowie der Zeitgeschichte.

Am Rande bemerkt: Gereon Rath wird möglicherweise „Tatort“-Konkurrent. Der Verlag kündigte jüngst die Verfilmung der Romane unter der Regie von Tom Tykwer an. Unter dem Titel „Babylon Berlin“ plant die ARD eine TV-Serie. Die Dreharbeiten für die erste Staffel mit sechs Filmen sollen noch in diesem Sommer beginnen. Auf der Website www.gereonrath.de führt eine exzellente Fotogalerie in das Berlin zur Zeit von Gereon Rath. **Gunter Lange** □

Kriegstagebücher:

Der Weg in die Katastrophe

Der I. Weltkrieg im Spiegel sozialdemokratischer Selbstzeugnisse (Teil 1)

In einer Reihe von Artikeln, die in dieser und den kommenden Ausgaben der BERLINER STIMME erscheinen, präsentiert der Historiker Holger Czitrich-Stahl ausgewählte Ereignisse des I. Weltkrieges aus den Blickwinkeln sozialdemokratischer Selbstzeugnisse.

Vor einhundert Jahren wütete der große Krieg, in den sich die europäischen Großmächte, allen voran Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich, unter vollem Risiko hineinmanövriert hatten. Genau einhundert Jahre ist es her, dass sich in Flandern deutsche und britische Soldaten an den Weihnachtstagen spontan und ohne Autorisierung durch die Befehls Ebene zu einer Waffenruhe entschlossen und gemeinsam das Weihnachtsfest begingen. Ähnliches wird auch von der Ostfront berichtet. Doch schon nach wenigen Tagen zerbröckelte die den „Etappenhengsten“ von den Mannschaften abgezwungene Feuerpause wieder, eine unglaubliche Chance, so scheint es, wurde leichtfertig geopfert.

GRENZEN DER BÜNDNISPFlicht

Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Noch am 29. Juli wurde Belgrad bombardiert, womit Russland in den Krieg an der Seite Serbiens eintrat. Eduard David (1863-1930), Reichstagsabgeordneter aus dem Südwesten und Agrarpolitiker der Fraktion, schrieb am selben Tag in sein „Kriegstagebuch“, er habe seinem Kollegen Edmund Fischer (Dresden) einen Artikel zugesandt, „in dem ich die Grenzen unserer Bündnispflicht gegenüber Österreich darlege, aber die politischen Gründe der deutschen Regierung, zu Österreich zu stehen, andeute und verlange, daß die deutsche Regierung in Wien energisch eingreife“.

Zwar kann man schon hier zwischen den Zeilen die Abwägung zwischen einer Zustimmung oder einer Ablehnung kriegsfinanzierender Maßnahmen herauslesen – Eduard David gehörte zu den größten Befürwortern der Zustimmung zu den Kriegskrediten seit dem 4. August 1914 – aber hier hoffte er noch auf die politische Vernunft der Regierung des Kanzlers Bethmann-Hollweg. Aber schon am 31. Juli hatte sich David positioniert, als unter der Leitung von Hugo Haase (1863-1919) Parteivorstand und Fraktionsspitze im Parteihaus in der Lindenstraße 69 zusammenkamen: „Haase ... kommt zu dem Schluss, daß wir unbedingt gegen die Kredite stimmen



Dr. Eduard David
Bundesarchiv
Bild 183-H28785



Hermann Molkenbuhr
Foto: BS-Archiv

müssten. Ich vertrete sofort den Standpunkt, daß solche Diskussionen nicht mehr zulässig sind, falls wir wirklich vor die Tatsache des Krieges gestellt sind. In diesem Falle sind wir genötigt, dafür zu stimmen.“ Schon am 1.8.1914 notierte David: „Der Krieg scheint sicher. Ich spreche am Vormittag mit Scheidemann, der für Enthaltung zu sein scheint, aber bald sich überzeugt, daß die Bewilligung notwendig ist.“

UNVEREINBARE POSITIONEN

Ihnen folgte auch Hermann Molkenbuhr (1851-1927), der bedeutende Hamburger Abgeordnete, der seine Zustimmung zu den Kriegskrediten mit der Gefahr eines Sieges des Zarismus begründete, wie er in seinen Aufzeichnungen niederschrieb.

Auch Philipp Scheidemann notierte in seinen „Memoiren eines Sozialdemokraten“ den Stimmungsumschwung. Während er noch am 31. Juli für eine Offenhaltung des Votums plädierte, waren am 2. August die Gräben nicht mehr zu überwinden: „Haase und Ledebour befürworteten die Ablehnung der Kredite ... An eine Einigung war nicht zu denken, ebenso wenig an Stimmenthaltung, denn eine politische Partei von unserer Stärke kann sich in der kritischsten Stunde des Vaterlandes nicht der Stimme enthalten.“

Wilhelm Dittmann (1874-1954), Reichstagsabgeordneter aus Solingen und späterer Novemberrevolutionär, schloss sich, wie er in seinen Erinnerungen vermerkte, Karl Kautsky an, der eine Zustimmung zu den Kriegskrediten nur unter der Voraussetzung akzeptierte, dass man sich Frankreich gegenüber defensiv verhalte, was bei Scheidemann, David und der Mehrheit der Fraktion auf Widerspruch stieß. Von 92 anwesenden SPD-Abgeordneten stimmten 78 für und 14 gegen eine Bewilligung von Kriegskrediten, 19 Genossen konnten nicht

mehr rechtzeitig erscheinen. Noch am 4. August vormittags, vor der entscheidenden Reichstagsitzung, versuchte Arthur Stadthagen (1857-1917) vergebens Änderungen an der Erklärung der Fraktion durchzusetzen, zu deren Verlesung Hugo Haase, selbst Gegner der Zustimmung, gedrängt wurde. So waren am Morgen des 4. August 1914 die Würfel gefallen: Die SPD-Fraktion würde der Bewilligung der Kriegskredite in Höhe von 5 Mrd. RM zustimmen.

ROSA LUXEMBURG: DIE WELT ALS IRRENHAUS

Verzweifelt äußerte sich Rosa Luxemburg in einem Brief an Kostja Zetkin vom 2. August 1914: „Auf den Straßen sieht man hier nur noch eilende Reservisten mit Köfferchen und Mengen Weiber und Kinder, die bis in die späte Nacht herumstehen. Die ganze Welt ist plötzlich ein Irrenhaus geworden. Über Dein ‚Austreten aus der Partei‘ habe ich gelacht. Du großes Kind, wirst du vielleicht aus der Menschheit ‚austreten?‘“ Unbekannter sind vielleicht die Notizen Arthur Crispiens (1875-1946), des damaligen Redakteurs der „Schwäbischen Tagwacht“ aus Stuttgart und späteren Vorsitzenden der USPD. Crispien schrieb am 1. August: „Die Revisionisten sind auf dem Posten. Die Radikalen sind ohne Verständigung trotz aller Voraussicht der jetzt eingetretenen Ereignisse ... überumpelt. Die Revisionisten wittern Morgenluft und hoffen jetzt vollends obenauf zu kommen. Ich lehne diese oberflächliche chauvinistische Hetze ab. Sozialdemokraten können nicht patriotisch schreiben, sie müssen aufrecht bleiben, auch wenn sie unter Ausnahmezustand stehen.“

DER BURGFRIEDEN

Während der linke Parteiflügel also nach Wegen suchte, trotz Ausnahmezustand und Krieg seine politische Bewegungsfreiheit auch gegen den Krieg zu bewahren, strebte die Mehrheit einen Kurs an, der die nationale Integration der Sozialdemokratie endgültig herstellen sollte. Man wollte nicht länger „vaterlandslose Gesellen“ sein. Dieses Bestreben und die leicht instrumentalisierbare Abscheu vor dem russischen Zarismus waren es wohl, die manchem Zweifler, der sich später gegen die Kriegskredite wenden sollte, die Zustimmung zur ersten Anleihe am 4. August 1914 erleichterten. Der „Burgfrieden“ war geboren. **Holger Czitrich-Stahl** □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthal- ten

TERMINE

- 19.01.2015, 18:00 Uhr, FA III - Innen- und Rechtspolitik, „**E-Justice: Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in Berlin - Chancen und Risiken**“, Referent: VRiLAG Martin Wenning-Morgenthaler, auf Einladung von Tom Schreiber, MdA, im Raum 388, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Straße 5, 10117 Berlin
- 20.01.2015, 16:00, AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Bericht aus dem Bundestag von Eva Högl, MdB**, Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 20.01.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Kudamm, **Der Stadtentwicklungsplan Wohnen**, Café Bleibtreu, Bleibtrestraße 45, 10623 Berlin
- 21.01.2015, 19:00, ASF - Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin, **Vorstellung der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Maskulismus“**, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 21.01.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von

Karin Halsch, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 21.01.2015, 18 - 19 Uhr, **Birgit Monteiro, MdA Lichtenberg, Sprechstunde**, im neuen Bürgerbüro, Bürgerheimstraße 4, 10365 Berlin

■ 21.01.2015, 15:30-17:00, **Jörg Stroedter, MdA Reinickendorf, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Um vorherige Anmeldung wird unter der Telefonnummer 030-701 78 034 oder per Email info@joerg-stroedter.de gebeten.

■ 21.01.2015, 18:00 Uhr, **Schwusos Berlin, 2. Sitzung für das Saisonteam 2015**, Kurt-Schumacher-Haus, Dorothea-Hirschfeld-Raum, 1. Stock, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 22.01.2015, 17:00 - 18:00, **Thorsten Karge, MdA Reinickendorf, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, vorherige, telefonische Anmeldung unter 55 174 150 erbeten

■ 22.01.2015, 17:30, Fritz Felgentreu, MdB, **Sterbehilfe in Deutschland: Ist ein Abschied in Würde gesetzlich regelbar?** Alte Dorfschule Rudow, Alt Rudow 60, 12355 Berlin

■ 26.01.2015, 19:00, Ülker Radziwill, MdA, **„TTIP, Ceta und so weiter... was steckt drin, was ist dran, muss das sein?“** Mit Hilde Mattheis, MdB, Sprecherin Forum Demokratische Linke (DL 21), Kiez-Büro von Ülker Radziwill, Friedbergstr. 36, 14057 Berlin

■ 27.01.2015, 19:30, AG Migration und Vielfalt - Charlottenburg-Wilmersdorf, **Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss - mit Eva Högl**, Kiez-Büro von Ülker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin

■ 27.01.2015, 19:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Charlottenburg-Nordost, **Rentenpolitik – Auswirkungen auf Kiez und Gesellschaft**, mit Dr. Martin Rosemann, MdB, rentenpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin

■ 27.01.2015, 18:00, Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., **Überleben - Ein Film- & Theaterabend zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz vor 70 Jahren**, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin, Eintritt frei. Personalausweis nötig.

■ 28.01.2015, 18:30, FA XI Mobilität und AK Verkehr Brandenburg, gemeinsame Sitzung, **Themen u.a.: Dresdner Bahn, Weiterentwicklung des Schienenverkehrs zwischen Brandenburg und Berlin, Fernbushaltestellen**, auf Einladung des SPD-Abgeordneten Ole Kreins im Raum 107, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ 28.01.2015, 18:00, FA I Internationales, **Der Iran als Regionalmacht im Mittleren Osten**, mit Prof. Dr. Udo Steinbach, Leiter des Governance Center Middle East | North Africa an der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin, Raum 320

■ 30.01.2015, 13:00 - 14:00, **Ralf Wieland, MdA - Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstraße 19 a, 13357 Berlin

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

August Berbel Institut:

Von der Saat der Worte: Hrant Dink

Hrant Dink, Journalist und Chefredakteur der Zeitung »Agos«, wurde am 19. Januar 2007 von einem jungen türkischen Nationalisten in Istanbul erschossen. Vor seinem Tod war er Anfeindungen und gerichtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat ausgesetzt.

In seinen Arbeiten setzte sich Dink für die Rechte der armenischen und anderer Minderheiten ein, stritt für Demokratie und Freiheit. Ein wichtiges Anliegen war ihm, dass die türkische Gesellschaft sich mit den Massakern an den Armenier*innen während des Ersten Weltkriegs auseinandersetzt. Wir lesen und stellen Artikel Hrant Dinks vor.

Mit: Stepan Gantralyan (Musiker und Schauspieler), Günter Seufert (Stiftung Wissenschaft und Politik, Herausgeber von »Hrant Dink – Von der Saat der Worte«), Silvina Der-Meguerditchian (Künstlerin)

➔ Do 22. Januar, 19–21 Uhr, Vortrag und Lesung, Anmeldung erbeten unter anmeldung@august-bebel-institut.de

Transatlantischer Dialog zur Stadtplanung

Wie können Stadtplanung und Architektur die Bedürfnisse von Migrant_innen, People of Color oder Geflüchteten berücksichtigen? Und wie werden Architekt_innen und Stadtplaner_innen aus diesen Communities sichtbarer?

Roberta Washington, Schwarze Architektin aus New York, berichtet über ihre langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet. Sie ist ehem. Vorsitzende der »National Organization of Minority Architects«, ehem. Mitglied im »Central Harlem's Community Planning Board« und Architektin des »African Burial Ground Interpretive Center« in Manhattan.

Architektur, Stadtplanung und gesellschaftliche Vielfalt. Mit: Roberta Washington (Architektin, NOMA), Noa Ha (Stadtforscherin, Center for Metropolitan Studies/TU Berlin, Vorstand Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.), Çağla İlk (Architektin und Kuratorin, büro MILK). In Kooperation mit gtas/TU Braunschweig, CMS/TU Berlin, ANCB The Metropolitan Laboratory

Ort: ANCB The Metropolitan Laboratory, Christinenstr. 18–19, 10119 Berlin-Mitte, Veranstaltung in engl. Sprache, Dolmetschung ins Deutsche

➔ Fr 23. Januar, 18.30–21.30 Uhr, Anmeldung bis 16. Januar unter anmeldung@august-bebel-institut.de

WAHLKREISBÜROS

In dieser und den kommenden Ausgaben gibt die Berliner Stimme einen Überblick über die Bürgerbüros von SPD-Abgeordneten in den Bezirken.

■ **Bürgerbüro Dr. Michael Arndt**, Thaliaweg 15, 12249 Berlin, Telefon: 030 - 76 67 98 54.

■ **Bürgerbüro Franziska Becker**, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin, Telefon: 01575 - 438 70 74, Website: <http://www.becker2011.de/bue-bue/index.html>, E-Mail: franziska.becker@spd.parlament-berlin.de, Öffnungszeiten: Montag: 10:00 bis 17:00 Uhr, Dienstag: 10:00 bis 14:00 Uhr, Mittwoch: 10:00 bis 13:00 Uhr, Freitag: 10:00 bis 13:00 Uhr

■ **Bürgerbüro Daniel Buchholz**, Quellweg 10 (Nähe U7-Bahnhof Siemensdamm), 13629 Berlin, Telefon: 030 - 33 48 66 99, E-Mail: info@daniel-buchholz.de

■ **Bürgerbüro Dennis Buchner**, Bühringstraße 6, 13086 Berlin, Telefon: (030) 92 37 31 67, Website: <http://www.dennis-buchner.de>, E-Mail: info@dennis-buchner.de, Öffnungszeiten: Montag und Mittwoch: 11:00 bis 16:00 Uhr, Dienstag und Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr und nach Vereinbarung

■ **Wahlkreisbüro Dr. Ina Czyborra und Irene Köhne**, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, Telefon: 80 90 89 61, E-Mail: ina.czyborra@spd-suedwest.de

■ **Bürgerbüro Björn Eggert**, Oranienstraße 69, 10969 Berlin, Telefon: 030 - 23 25 22 77, Fax: 030 - 23 25 22 29, Website: <http://www.bjoerneggert.de>, E-Mail: bjoern.eggert@spd.parlament-berlin.de, Öffnungszeiten: Dienstag: 9:30 bis 12:30 Uhr, sonstige Tage: nach Vereinbarung

■ **Bürgerbüro Burgunde Grosse und Raed Saleh**, Marktstraße 1, 13597 Berlin, Telefon: 030 - 36 75 00 81 / 030 - 36 75 00 82, Fax: 030 - 35 13 68 00, Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Donnerstag: 10:00 bis 15:00 Uhr, Mittwoch, Freitag: 12:00 bis 17:00 Uhr. Bürgersprechstunde Burgunde Grosse Mittwoch: 15:00 bis 17:00 Uhr und Freitag: 14:00 bis 15:30 Uhr

■ **Bürgerbüro Karin Halsch**, Am Berl 13, 13051 Berlin, Telefon: 030 - 51 73 69 48, Website: <http://karin-halsch.de/buergerbuero/>, E-Mail: info@karin-halsch.de, Öffnungszeiten: Montag-Donnerstag: 10:00 bis 16:00 Uhr, Mittwoch: 17:00 bis 18:00 Uhr - Bürgersprechstunde

■ **Bürgerbüro Renate Harant**, Bölschestr. 88, 12587 Berlin, Webseite <http://renateharant.de>, E-Mail-Adresse renate.harant@spd.parlament-berlin.de, Öffnungszeiten: Dienstag, Donnerstag: 14:00 bis 18:00 Uhr, Mittwoch, Freitag: 10:00 bis 14:00 Uhr

■ **Bürgerbüro Sven Heinemann**, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin, Telefon: 030 - 29 36 33 64, E-Mail: sven.heinemann@spd.parlament-berlin.de,

■ Mehr in den kommenden Ausgaben

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

„ÜberLeben“

Gedenkveranstaltung am 27. Januar im Willy-Brandt-Haus

Zu einem Film- und Theaterabend zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz vor 70 Jahren lädt der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. am 27. Januar.

„ÜberLeben“ lautet das Thema des Abends im Willy-Brandt-Haus. Auf dem Programm stehen das Theaterstück „Mutters Courage“ von George Tabori sowie der 55minütige israelische Dokumentarfilm „Numbered“ von Dana Doron und Uriel Sinai. Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der dem Ehrenrat von AMCHA Deutschland zur Unterstützung von Holocaust-Überlebenden angehört, spricht nach der Theateraufführung mit Zwi Steinitz, Überlebender des Holocaust in Auschwitz.

Das Theaterstück „Mutters Courage“ erzählt die Geschichte der Deportation von George Taboris Mutter nach Auschwitz 1944, die durch Zufall und Courage als Einzige am gleichen Tag wieder zurück nach Budapest kam und überlebte. In dem 1979 veröffentlichten Stück erzählt der Sohn, wie seine Mutter auf dem Weg zum Rommee-Abend im Budapest des Jahres 1944 verhaftet wird. Unter zahlreichen Verwicklungen landet sie zuerst allein in der Straßenbahn, dann im Viehwaggon im KZ. Als Einzige, der mit diesem Transport Deportierten, darf sie kurz vor der Ankunft in Auschwitz nach Budapest zurückkehren.

Der Film „Numbered“ begibt sich auf die Spur der eintätowierten Nummern am Unterarm, welche vielen Auschwitz-Häftlingen stetige Erinnerung an die grausame Zeit in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten ist. Dana Doron, Tochter eines Holocaust-Überlebenden, interviewte Überlebende und zeichnet einzigartige, hoch emotionale Porträts für die israelische Dokumentation, die sie mit dem Fotojournalisten Uriel Sinai drehte. Der Film erforscht die sich wandelnde Bedeutung der



Einfahrt zum KZ Auschwitz, kurz nach der Befreiung 1945. Foto: Bundesarchiv Bild 175-04413

tätowierten Nummern bis heute - als kollektives wie auch persönliches Symbol.

PM □

➔ 27.01.2015, 18:00, Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., ÜberLeben - Ein Film- & Theaterabend zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz vor 70 Jahren, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin, Eintritt frei. Personalausweis erforderlich.

Film:

Snowdens Weg in die Öffentlichkeit

Die SPD Dahlem lädt am Mittwoch, dem 21. Januar 2015 zur Aufführung des Films „Citizenfours“ ins BALI-Kino, Teltower Damm 33 ein. Der Film, der die Geschichte von Edward Snowden beschreibt, läuft ab 18 Uhr.

Um 19.45 beginnt eine Diskussion mit dem Berliner Datenschutzbeauftragten Alexander DIX und der SPD-Bundestagsabgeordneten Christina Kampmann. Der Film läuft im BALI-Kino vom 19. bis 21. 1. täglich ab 18 Uhr.

BS □

Ausstellung:

„Kleine Gesten der Annäherung“

Die am Freitagabend in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eröffnete Ausstellung „Aferim Yavrum - Kleine Gesten der Annäherung“ zeigt Bilder, Objekte und Videos der Berliner Künstlerin Silvina Der-Meguerditchian. Sie thematisiert die Last der Erinnerung an die Vernichtung der Armenier in der Türkei und Fragen von Vergebung und Versöhnung.

Im Zentrum der vom August-Bebel-Institut organisierten Ausstellung stehen Notizen und Erinnerungen, die die Künstlerin in den letzten 20 Jahren über positive wie negative Begegnungen mit türkeistämmigen Menschen zusammengetragen hat. Es ist eine Ausstellung über ambivalente Gefühle, das Überwinden von Angst und Vorurteilen und das Hinterfragen eingefahrener Bilder, über nationale Identität, Zugehörigkeit und die Rolle von Minderheiten in der Gesellschaft.

In den Jahren 1915 und 1916 sind im damaligen Osmanischen Reich bei Massakern und Todesmärschen nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 300.000 und 1,5 Millionen Armenier ums Leben gekommen. Die Türkei erkennt dies bis heute nicht an.

Silvina Der-Meguerditchian ist 1967 in Buenos Aires geboren, lebt und arbeitet in Berlin. Sie hat u.a. den ersten Armenischen Diaspora Pavillon der 52. Venedig-Biennale kuratiert, war 2014 Stipendiatin der Kulturakademie Tarabya, ist an Produktionen im Ballhaus Naunynstraße und im Gorki Theater sowie an den Plattformen www.underconstructionhome.net und www.houshamadyan.org beteiligt.

➔ Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Berlin-Mitte, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Ausstellung: Mo 19. Januar bis Fr 27. Februar 2015, Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do, Fr 14-18 Uhr, Di nach Vereinbarung